Samaras im griechischen Parlament

ANGELOS TZORTZINIS / AFP

EURO-KRISE

Rabatt für Griechenland-Schulden

Die Finanzierungslücke Griechenlands ist größer als bislang bekannt. Der Regierung des Landes fehlen in den beiden kommenden Jahren nicht 11,5 Milliarden Euro, wie von ihr eingeräumt, sondern bis zu 14 Milliarden Euro. Das ist das Ergebnis der jüngsten Erkundungstour der sogenannten Troika aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds. Ursache für die neuen Finanznöte seien Rückschläge bei geplanten Privatisierungen und die wegen der verschlechterten Wirtschaftslage ausbleibenden Steuereinnahmen, fanden die Abgesandten heraus. Die genaue Höhe des zusätzlichen Finanzbedarfs soll Anfang September ermittelt werden, wenn die Troika zu ihrem nächsten Besuch nach Griechenland kommt. Die Delegation moniert in ihrem Zwischenbericht zudem, dass die Regierung von Ministerpräsident Antonis Samaras schon bislang nicht erklären konnte, wie sie die Einsparungen von 11,5 Milliarden Euro erreichen wolle. Rund ein Drittel sei ungedeckt. Die Regierungen der Euro-Zone suchen derzeit nach einem Weg, die Finanzierungslücke ohne ein neues Hilfspaket zu überbrücken. Im Gespräch ist, dass die Geberländer Griechenlands einen Rabatt auf die Zinsen für ihre Hilfskredite gewähren oder sich sogar mit einer kompletten Stundung einverstanden erklären. Gleichzeitig nimmt die Debatte über eine Spaltung der Währungsunion an Schärfe zu. Der österreichische Außenminister Michael Spindelegger erklärte, er habe mit seinen Amtskollegen über eine Änderung des EU-Vertrags gesprochen, die einen Ausschluss von Euro-Sündern möglich machen soll. „Das geht in die völlig falsche Richtung“, widerspricht Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn. „Es ist der Geist der Europäischen Union, die Integration zu fördern und nicht die Spaltung. Wer mit Rauswurfszenarien spielt, stellt die Existenz der EU als Ganzes in Frage.“

UNION

Widerstand gegen Renten-Deal

Die Forderung von Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) nach einer Zuschussrente für Geringverdiener stößt in Teilen der Union ebenso auf Widerstand wie der FDP-Wunsch nach Abschaffung der Praxisgebühr. „Einen Tausch – Rente de luxe gegen Praxisgebühr – wird es mit uns nicht geben“, sagt Max Straubinger, CSU-Sozialexperte in der Unionsfraktion des Bundestags. Hintergrund ist eine mögliche Vereinbarung in der schwarz-gelben Koalition: Demnach würde die FDP im Herbst ihren Widerstand gegen die Rentenpläne von der Leyens aufgeben, wenn die Union im Gegenzug der Abschaffung der Praxisgebühren zustimmt. „Mit einer beitragsfinanzierten Zuschussrente führen wir einen falschen Weg fort und saugen weiter aus den Töpfen der nachkommenden Generationen“, sagt Carsten Linnemann, stellvertretender Vorsitzender der Jungen Gruppe in der Unionsfraktion. Die grundsätzlich richtige Idee könne nur durch eine ehrliche Gegenfinanzierung aufgefangen werden. Noch schärfer wendet sich der gesundheitspolitische Sprecher Jens Spahn (CDU) gegen einen solchen Deal: „Die Zuschussrente, wie sie derzeit geplant ist, wäre ein ordnungspolitischer Sündenfall und ein Bruch mit jahrzehntealten Prinzipien. Das mit dem populistischen Einmaleffekt der Praxisgebühr zu erkaufen wäre fatal für die jüngere Generation.“

„Wir lassen uns da auf keinen Kuhhandel ein, das wäre Quatsch.“

Johannes Singhammer (CSU), stellvertretender Fraktionschef